



Beschleunigte Zusammenlegung in Primstal

Weirich Martin, VOI

Inhaltsverzeichnis

Einführung

Rechtliche Rahmenbedingungen

Beispiel

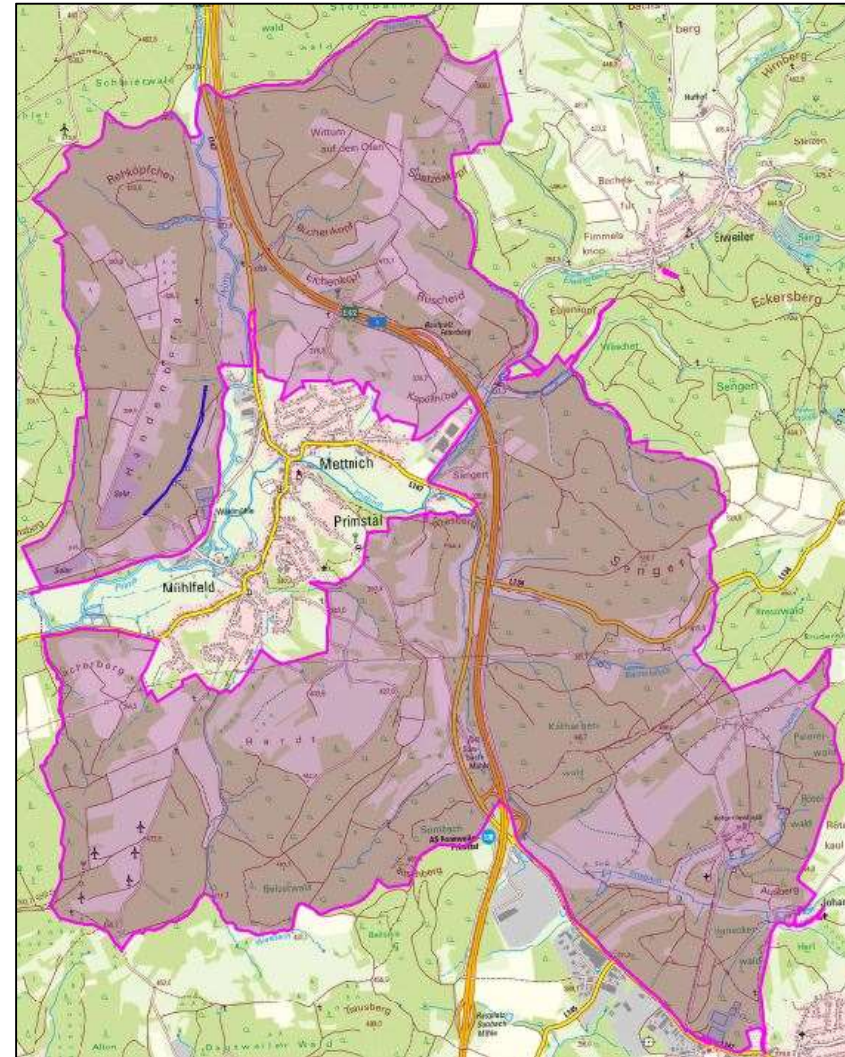
Fazit

Einführung

Eigenschaften des Verfahrens

- Ca. 12000 Flurstücke
- Über 2000 Grundbuchblättern
- Verfahrensgrenze ca. 25 Km
- Verfahrensgröße über 2200 ha

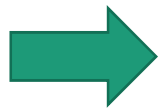
➔ Größtes saarländisches Verfahren



Einführung

Beweggründe zur Verfahrensumstellung

- Hoher Zeitaufwand für Vermessungsarbeiten, bedingt durch Verfahrensart- und Größe
 - Verfahrensgrenze muss den Anforderungen des Liegenschaftskatasters gerecht werden
 - Vermessung und Vermarkung des gesamten Verfahrensgebietes notwendig
 - Dieser Aufwand übersteigt derzeit den personellen Rahmen des LVGL



Die geschätzte Dauer der Vermessungsarbeiten beträgt mehr als 10 Jahre

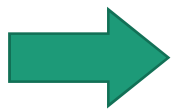


Rechtliche Rahmenbedingungen

Möglichkeiten des BZV



- Neuzuteilung basiert im Wesentlichen auf dem Austausch ganzer Flurstücke durch Planvereinbarungen
- Wertermittlung ist in einfacher Weise durchzuführen
- Erschließung aller Grundstücke garantiert ggf. durch Eintragung einer Grunddienstbarkeit
- Reduzierung der Vermessungsarbeiten auf das nötigste Maß



Die Grenzen des neuen Besitzstandes werden in Form einer Bewirtschaftungsanzeige in die Örtlichkeit übertragen

Rechtliche Rahmenbedingungen

Grundsätze der Planung § 97 FlurbG



- Der zersplitterte Grundbesitz ist großzügig zusammenzulegen. Nach Möglichkeit sollen ganze Flurstücke ausgetauscht werden
 - Kein Lageanspruch:
Niemand kann verlangen, mit bestimmten Grundstücken oder mit Grundstücken in bestimmter Lage – auch nicht in der Lage seiner alten Grundstücke abgefunden zu werden.



Ein solcher Anspruch würde die Zusammenlegung von Grundstücken erheblich erschweren und oft unmöglich machen

Rechtliche Rahmenbedingungen

Grundsätze der Planung § 97 FlurbG



- Die Veränderung und Neuanlage von Wegen und Gewässern sowie Bodenverbesserungen sollen sich auf die nötigsten Maßnahmen beschränken
- Vergrößerung des Wegenetzes um ein Drittel möglich



Erschließung aller Grundstücke garantiert ggf.
durch Eintragung einer Grunddienstbarkeit

Rechtliche Rahmenbedingungen

Wegesituation



Abb.3: Wegesituation vor der Zusammenlegung

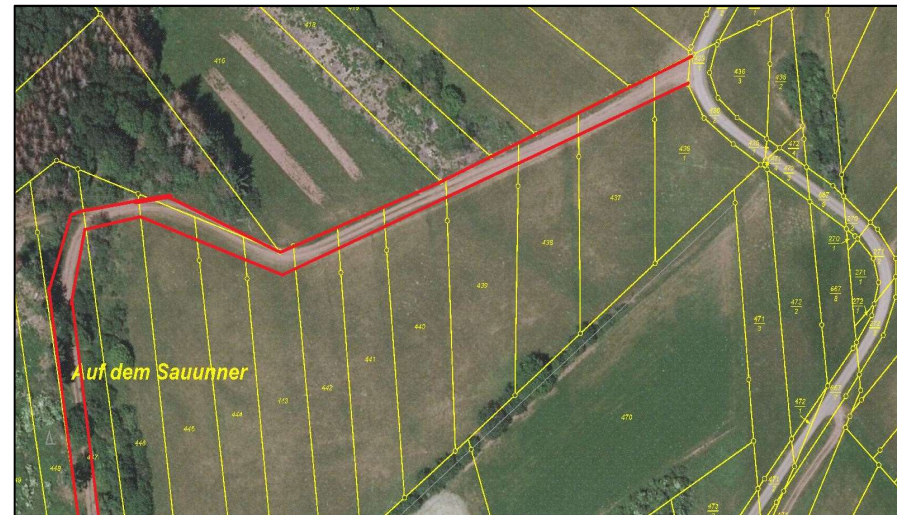


Abb.4: : Wegesituation nach der Zusammenlegung mit eingetragener Grunddienstbarkeit

Rechtliche Rahmenbedingungen

Grundsätze der Abfindung § 99 FlurbG Vereinbarungen



- (1) Die Abfindungen sind nach Möglichkeit durch Vereinbarungen mit den Beteiligten zu bestimmen. Die Vereinbarungen bedürfen der Genehmigung der Flurbereinigungsbehörde
- (3) Ist eine Vereinbarung nicht durch die Flurbereinigungsbehörde zu erzielen, so werden die Abfindungen von Amts wegen bestimmt.

Beispiel

Beschleunigte Zusammenlegung in Seyweiler



Abb.5: Seyweiler vor der Zusammenlegung



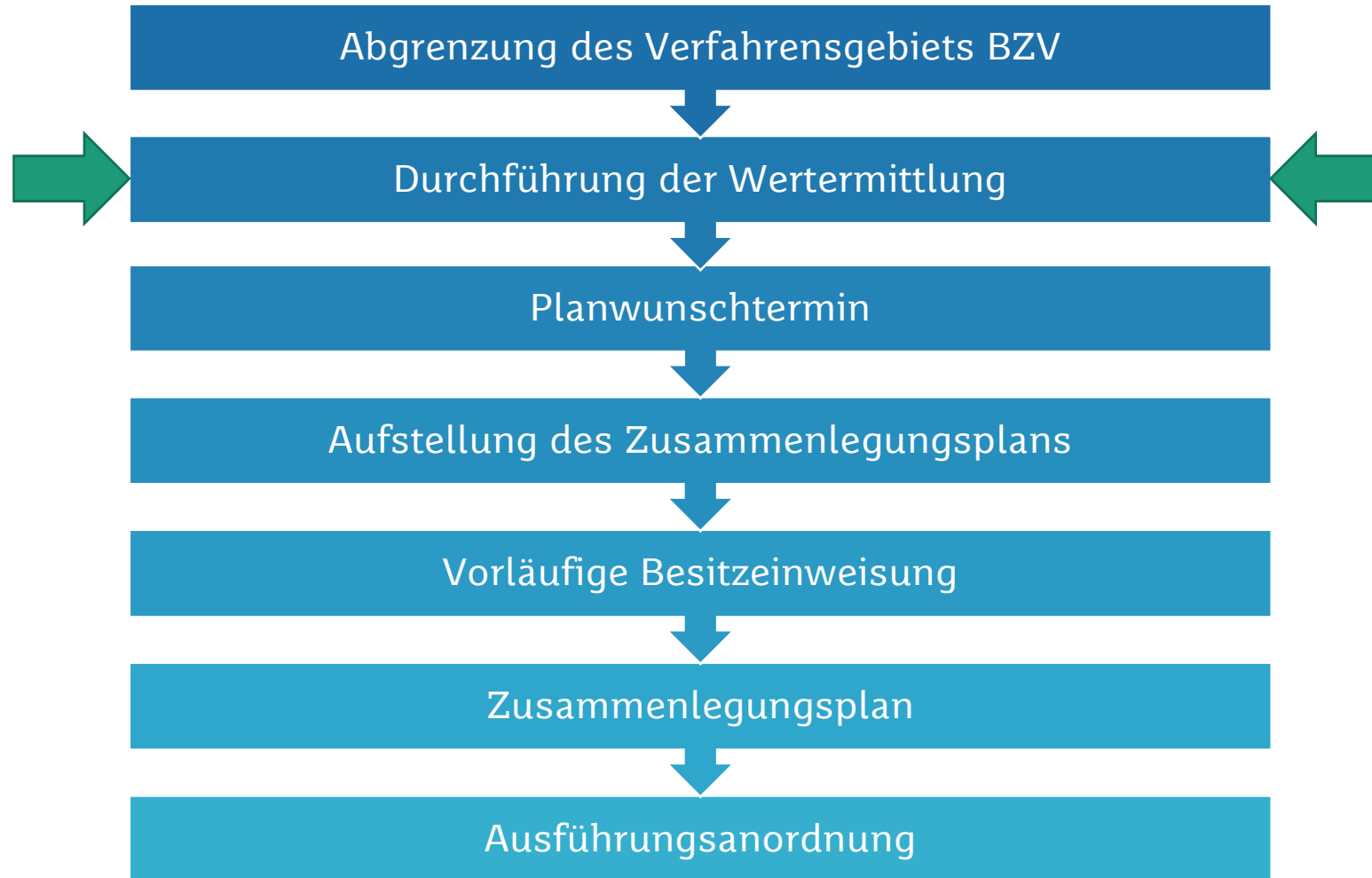
Abb.6: Seyweiler neuer Bestand

Fazit

- Die im bisherigen Verfahren vielfach abgeschlossenen Verzicht auf Landabfindung (§52 FlurbG) und der sich daraus ergebene „Flurstückstausch“ ähnelt bereits einem BZV
- Bindung beider Parteien an die vereinbarte Abfindung (Planvereinbarung § 99 FlurbG)
- Gewährleistung einer Bewirtschaftungsanzeige
- Wege- und Gewässermaßnahmen und Erschließung des künftigen Grundbesitzes dennoch gegeben

Fazit

Ablauf



Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit